

## **Nahmobilitätspauschale**

Erhöhung der Nahmobilitätspauschale  
durch Beschluss der Vollversammlung  
des Stadtrates vom 17.12.2014  
aufgrund eines gemeinsamen Änderungsantrages  
der Stadtratsfraktionen der CSU und der SPD

Verwendung der Nahmobilitätspauschale  
Antrag Nr. 14-20 / A 00873  
der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL  
vom 08.04.2015

## **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02702**

### Anlagen

- Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 00873
- Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates vom 01.06.2015
- Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 09.06.2015

## **Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 29.07.2015**

Öffentliche Sitzung

### **I. Vortrag der Referentin**

Eine Vorberatung der Angelegenheit im Bauausschuss war aufgrund des verwaltungs-internen Abstimmungsverfahrens nicht mehr möglich.

Die Behandlung in der heutigen Vollversammlung des Stadtrates ist dringend notwendig, um die Maßnahmen des vorgesehenen Bauprogrammes rechtzeitig in die Wege leiten zu können.

#### **1. Nahmobilitätspauschale**

##### **1.1 Beschlusslage**

Die „Nahmobilitätspauschale“ (vormals „Radverkehrspauschale“) ist seit 2009 im Rahmen des Grundsatzbeschlusses zur Förderung des Radverkehrs in München mit 4,28 Mio. € im Jahr ausgestattet (Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 29.07.2009, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 01793).

Mit Beschluss vom 17.12.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01817) hat die Vollversammlung des Stadtrates auf Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen der CSU und der SPD zum Haushaltsplan 2015 beschlossen, die „Nahmobilitätspauschale“ des Baureferates in 2015 auf 10,0 Mio. € zu erhöhen.

Die Erhöhung um 5,72 Mio. € von bisher 4,28 Mio. €/Jahr auf 10,0 Mio. € ist bereits für 2015 in der Investitionsliste 1 des Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2014 – 2018 unter der Maßnahmen-Nr. 6300.1110 (Rangfolge-Nr. 306) ausgewiesen.

Das Baureferat geht davon aus, dass die „Nahmobilitätspauschale“ auch in den Folgejahren in dieser Größenordnung dotiert werden soll. Das Baureferat wird die Erhöhung der Ansätze im Mehrjahresinvestitionsprogramm ab 2016 ff. auf 10,0 Mio. €/Jahr zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2016 – 2020 bzw. bei Bedarf in 2016 benötigte Mittel zum Nachtragshaushalt 2016 anmelden.

Weiterhin wurde mit der Vorlage „Radlhauptstadt München“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01984) von der Vollversammlung des Stadtrates am 17.12.2014 beschlossen, die Radlhauptstadtkampagne, abweichend von den Vorjahren, ab dem Jahr 2015 ohne Entnahme aus der „Nahmobilitätspauschale“ des Baureferates und Umschichtung auf das Kreisverwaltungsreferat (KVR) separat zu finanzieren. Faktisch stehen dem Baureferat damit ab 2015 aus der Pauschale gegenüber dem ursprünglichen Ansatz voraussichtlich insgesamt **zusätzlich 6,52 Mio. € pro Jahr** zur Verfügung.

## 1.2 Bisherige Aktivitäten

Das breite Spektrum an Erfolgsfaktoren zur Förderung des Radverkehrs wurde in dem referatsübergreifenden Beschluss „Radverkehr in München, Grundsatzbeschluss zur Förderung des Radverkehrs in München“ der Vollversammlung des Stadtrates vom 20.05.2009 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 01793) dargestellt. Mit dem Beschluss „Radverkehr in München, Bericht zur Umsetzung und Aktualisierung von Zielen“ der Vollversammlung des Stadtrates vom 26.06.2013 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12242) erfolgte dazu eine erste Evaluation.

Gegenstand der Radverkehrsförderung sind, analog dem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung herausgegebenen „Nationalen Radverkehrsplan 2020“ alle Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Radverkehrs in den Handlungsfeldern Infrastruktur, Verkehrssicherheit, Kommunikation, Fahrradtourismus, Elektromobilität, Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln, Mobilität und Verkehrserziehung, Qualitäten schaffen und sichern.

Bereits bisher wurden in München in den folgenden Bereichen große Anstrengungen unternommen:

- Qualitätsverbesserungen im Radverkehrsnetz durch den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zur Schließung von Netzlücken und der Verbesserung von Engpässen. Aktuell steht hier, finanziert über die „Nahmobilitätspauschale“, u.a. die Maßnahme „Schleißheimer Straße zwischen Elisabethstraße und Maßmannstraße“ an,
- bauliche Anpassungen im Zusammenhang mit der Radwegbenutzungspflicht bzw. deren Aufhebung,
- bauliche Anpassungen bei der Öffnung von Einbahnstraßen und der Einrichtung von Fahrradstraßen,
- Verbesserungen signal geregelter Knotenpunkte im Hinblick auf Qualität, Komfort und Verkehrssicherheit für den Fuß- und Radverkehr,

- mehr und bessere Fahrradabstellplätze in Stadtteilzentren und vor öffentlichen Gebäuden,
- Ausbau eines komfortablen Bike+Ride-Angebots für jede Jahreszeit,
- Wegweisung für den Radverkehr, Ausbau und Unterhalt,
- Öffentlichkeitsarbeit für den Radverkehr, wie u.a. den Münchner Radlstadtplan,
- Mittelbereitstellung für die Radlhauptstadt-Kampagne des KVR bis einschließlich 2014,
- Mittelbereitstellung für Dauerzählstellen für den Radverkehr und andere den Radverkehr fördernde Maßnahmen anderer Referate, insbesondere des Referates für Stadtplanung und Bauordnung, des Kreisverwaltungsreferates und des Referates für Gesundheit und Umwelt.

In den folgenden Bereichen konnten seit 2009 beachtliche Fortschritte für den Radverkehr erzielt werden:

- Durch zahlreiche Infrastruktur-Einzelmaßnahmen konnten bislang ca. 90 % des rd. 1400 km umfassenden klassifizierten Radverkehrsnetzes hergestellt werden.
- Im Rahmen des altersbedingten Austausches von Lichtsignalanlagen konnten zahlreiche Querungsstellen für den Fuß- und Radverkehr verbessert werden.
- Seit 2009 konnten im Rahmen des Fahrradstellplatzkonzeptes über 2000 zusätzliche Fahrradstellplätze geschaffen werden. Die Beschlussvorlage zur Umsetzung des dritten Realisierungsabschnittes des Fahrradstellplatzkonzeptes soll in der zweiten Jahreshälfte 2015 eingebracht werden.
- Seit 2009 konnten stadtweit weitere rd. 3.400 Fahrradstellplätze, davon 1.500 überdachte Bike&Ride-Stellplätze geschaffen werden und über 2.500 Stellplätze in der Qualität verbessert werden.

Diese Anstrengungen sollen fortgesetzt und soweit möglich weiter gesteigert werden. Voraussetzung für die Umsetzung der o.a. Maßnahmen sind erfolgreiche Abstimmungsprozesse und zeitgerechte verkehrsplanerische Entscheidungen.

Die Erhöhung der zur Verfügung stehenden Baumittel um 6,52 Mio. € /Jahr bzw. 150 % stellt eine erhebliche Herausforderung an das Baureferat dar, diese Gelder auch wirksam in der Radverkehrsförderung umzusetzen. Allerdings können mit den zusätzlichen Mitteln auch zusätzliche Maßnahmen und Schwerpunkte in der Radverkehrsförderung durchgeführt werden, die bislang an fehlenden Sach- und Personalmitteln gescheitert sind. Das Baureferat beabsichtigt, künftig zusätzliche Maßnahmen bzw. Schwerpunkte in das Programm zur Förderung des Radverkehrs aufzunehmen.

### 1.3 Zusätzliche Schwerpunkte und Einsatz der Finanzmittel in 2015

Mittlerweile weisen der Zustand sowie die Substanz des über Jahrzehnte gewachsenen Radverkehrsnetzes erhebliche Defizite auf. So fordern z.B. auch der ADFC München e.V. und der Bund Naturschutz in Bayern e.V. regelmäßig

- die Sanierung und Verbesserung von Radwegen, Fahrradstraßen sowie Fahrbahnen des Erschließungsstraßennetzes im Haupt- und Nebenroutennetz des Radverkehrs,
- die Sanierung und Verbesserung von Fuß- und Radverkehrsverbindungen in Grünzügen und in Grünanlagen.

Das Baureferat erstellt deshalb ein Sanierungsprogramm, um die Substanz und Qualität der Radverkehrsverbindungen zu erneuern bzw. zu verbessern. Hierzu läuft derzeit durch das Baureferat eine neue Erfassung und Bewertung des gesamten Radwegenetzes. Die Erfassung erfolgt nach definierten Zustandskriterien, angelehnt an das aktuelle gültige Regelwerk E EMI 2012 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV). Mit dem Gesamtergebnis ist im Herbst dieses Jahres zu rechnen. Für das Bauprogramm 2015 wurden vorgezogen die dringlichsten Radwege erfasst.

Als weitere zusätzliche Schwerpunkte sind geplant:

- die Umwandlung von unbefestigten Radwegen in asphaltierte Wege in Abstimmung mit Parkgestaltung / Naturschutz,
- die Optimierung von Wegebreiten in Grünanlagen entsprechend der StVO (insbesondere auch gemeinsame Fuß-/Radwege),
- die Entschärfung und Optimierung von Übergangsstellen (Belagswechsel, Gefällestrrecken und Kreuzungen,
- der vermehrte Austausch und die Verbesserung von Lichtsignalanlagen und die Verbesserung der Radverkehrsführung an Knotenpunkten,
- die anwohnerverträgliche Verbesserung der Beleuchtung an Rad- und Fußwegen,
- die Intensivierung der Beseitigung von Schrotträdern,
- die Reinigung und Pflege der Radroutenwegweisung.

Es ist vorgesehen, die zur Verfügung stehenden 10 Mio. € der „Nahmobilitätspauschale“ 2015 wie folgt einzusetzen:

- ca. 3 Mio. € für die Sanierung und Verbesserung von Radverkehrsverbindungen im Straßenraum,
- ca. 2 Mio. € für die Sanierung und Verbesserung von Radverkehrsverbindungen in Grünzügen und Grünanlagen.

Die restlichen Mittel sollen für Neu- und Umbaumaßnahmen für den Radverkehr verwendet werden, wie z.B. in der

- Schleißheimer Straße zwischen Elisabethstraße und Maßmannstraße,
- Landsberger Straße zwischen Grasserstraße und Holzapfelstraße,
- Implertstraße zwischen Alramstraße und Kapellenweg,
- für Fahrradabstellanlagen

- und für Knotenpunktverbesserungen für den Fußgänger- und Radverkehr als Synergieeffekte im Rahmen des anstehenden Austausches von Lichtsignalanlagen, u.a. an den Kreuzungen
  - Heinrich-Wieland-Straße / St.-Veit-Straße
  - Kreillerstraße / Damaschkestraße
  - Schwere-Reiter-Straße / Infanteriestraße

Diese Maßnahmen sind größtenteils nicht stadtratspflichtig. Die entsprechenden Genehmigungen werden verwaltungsintern herbeigeführt.

Außerdem werden zu einem geringen Teil Mittel für Maßnahmen der Radverkehrsförderung anderer Referate übertragen.

Die zusätzlichen Tätigkeiten sind dauerhaft nur umsetzbar, wenn hierfür zusätzliches Personal für

- Koordinierung
- Projektleitung und -steuerung
- Planung und Bauleitung
- Betrieb und Unterhalt

bereitgestellt wird.

#### **1.4 Personalbedarf**

Mit der Erhöhung des Haushaltsansatzes der „Nahmobilitätspauschale“ hat der Stadtrat die finanziellen Rahmenbedingungen und somit die Möglichkeit der weiteren qualitativen Verbesserung der Nahmobilität in München geschaffen.

Um jedoch die oben beschriebenen, möglichen, umfangreichen, zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der Bestandsverbesserung und die Realisierung zusätzlicher Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Nahmobilität zeitnah umsetzen und intensivieren zu können, sind bei den Hauptabteilungen Tiefbau und Gartenbau des Baureferates zusätzliche dauerhafte Stellen erforderlich. Nach den Regelungen zum Vollzug des Haushalts 2015 kann die Einrichtung dieser Stellen vorerst aber nur befristet für maximal 3 Jahre ab Besetzung erfolgen, da die Stellen noch nicht exakt bemessen sind und noch keine Erfahrungswerte hinsichtlich des angewandten Personalbemessungsmodells bestehen. Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“. Die Personalkosten werden bereits ab 2015 entsprechend dem Zeitpunkt der Stellenbesetzung anteilig anfallen. Weiterhin soll eine, bereits bei der Hauptabteilung Tiefbau eingerichtete befristete Stelle ab 2015 in eine dauerhafte Stelle umgewandelt werden. Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“.

#### **1.4.1 Personalbedarf für Projektleitung und -steuerung beim Baureferat T1, Straßenplanung und -bau**

Folgende Leistungen sind für die Abwicklung der konkret anfallenden Aufgaben durch die Abteilung Straßenplanung und -bau zu erbringen:

- Projektleitung und -steuerung für die Planung und den Bau öffentlicher Verkehrsflächen
- Erbringung von Planungsleistungen entsprechend HOAI
- Erarbeiten alternativer Lösungsmöglichkeiten und Entwickeln eines im Hinblick auf Zielvorgaben, Kosten, Termine und Umweltverträglichkeit optimalen Lösungsansatzes
- Konkretisierung des Lösungsweges bis zur Ausführungsreife in Abstimmung mit allen Planungsbeteiligten
- Herbeiführen der notwendigen Entscheidungen
- Zielvorgaben sowie Steuerung und Überwachung von beauftragten Ingenieurbüros

Für die Abwicklung der dargestellten Aufgaben besteht der befristete Stellenbedarf in Höhe von 1,5 VZÄ für Planungsingenieurinnen / Planungsingenieure in EGr. 11 (JMB 80.360 € + 40.180 € anteilig). Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“.

#### **1.4.2 Personalbedarf für die Erweiterung und Optimierung der Beleuchtungen an Rad- und Fußwegen beim Baureferat T3, Straßenbeleuchtung und Verkehrsleittechnik**

Die Erhöhung der „Nahmobilitätspauschale“ ermöglicht eine vermehrte Optimierung der Straßenbeleuchtungseinrichtungen und zusätzliche Verbesserungen von barrierefreien Querungsmöglichkeiten an Kreuzungen und Ampeln.

Folgende Leistungen sind für die Abwicklung der konkret anfallenden Aufgaben zu erbringen:

- IST- und Potenzialanalysen
- Projektleitung und -steuerung für die Planung und den Bau der Einrichtungen
- Erbringung von Planungsleistungen entsprechend HOAI
- Erarbeiten alternativer Lösungsmöglichkeiten und Entwickeln eines im Hinblick auf Zielvorgaben, Kosten, Termine und Umweltverträglichkeit optimalen Lösungsansatzes
- Konkretisierung des Lösungsweges bis zur Ausführungsreife in Abstimmung mit allen Planungsbeteiligten
- Herbeiführen der notwendigen Entscheidungen
- Zielvorgaben sowie Steuerung und Überwachung von beauftragten Ingenieurbüros

Für die Abwicklung der dargestellten Aufgaben besteht der befristete Stellenbedarf in Höhe von 1,3 VZÄ für Fachingenieurinnen/ Fachingenieure in EGr. 11 (JMB 80.360 € + 24.110 € anteilig).

Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“.

### **1.4.3 Personalbedarf für die Aufstellung und Abarbeitung des Erneuerungsprogrammes beim Baureferat T2, Straßenunterhalt und -betrieb**

Der Anteil der „Nahmobilitätspauschale“, der für die Erneuerung des Radwegenetzes eingesetzt werden soll, bedeutet für die Abteilung Straßenunterhalt und -betrieb eine entsprechende Erhöhung des Baubudgets.

Folgende Leistungen sind für die Abwicklung der konkret anfallenden Aufgaben zu erbringen:

- Erarbeiten eines stadtweiten Sanierungsprogramms des Radwegenetzes mit alternativen Lösungsmöglichkeiten und Entwickeln eines im Hinblick auf Zielvorgaben, Kosten, Termine und Umweltverträglichkeit optimalen Lösungsansatzes
- Konkretisierung des Sanierungsprogramms bis zur Ausführungsreife in Abstimmung mit allen Beteiligten
- Abstimmung und Abwicklung der daraus resultierenden Baumaßnahmen.

Für die Abwicklung der dargestellten Aufgaben besteht der befristete Stellenbedarf in Höhe von 1,6 VZÄ für Bauingenieurinnen/ Bauingenieure in EGr. 11 (JMB 80.360 € + 48.220 € anteilig).

Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“.

Mit dem Beschluss „Intensivierung des Winterdienstes auf Radverkehrsanlagen und Gehbahnen, Standarderhöhung und Finanzierung“ der Vollversammlung des Stadtrates vom 27.11.2013 wurde die Stelle für eine Beauftragte / einen Beauftragten für Winterdienst und betriebliche Organisationsfragen im Fuß- und Radverkehr beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12710). Diese Mitarbeiterin / dieser Mitarbeiter übernimmt alle strategischen und Koordinierungsaufgaben, die sich im Betriebsbereich ergeben und vertritt den Bereich beim Thema Nahmobilität in städtischen Arbeitskreisen und stadtweiten Gremien. Neben dem Thema Winterdienst sind dies z.B. die Themen Schrotträder, aufgegebene Räder, Vorbereitung und Begleitung der Zustandserfassung, Unterhalt der Bike+Ride-Anlagen.

Die Notwendigkeit dieser Stelle wurde grundsätzlich als dauerhaft gesehen. Gemäß den Regelungen zum Vollzug des Haushalts 2013 konnte die Einrichtung der Stelle jedoch vorerst nur befristet auf zwei Jahre ab Besetzung erfolgen. Der Bedarf ergibt sich, auch im Hinblick auf die Erhöhung der „Nahmobilitätspauschale“, dauerhaft.

Für die Entfristung der Stelle der Entgeltgruppe E 12 fallen ab 2015 jährlich Personalkosten i.H.v. 87.700 € an, die künftig ebenfalls aus der „Nahmobilitätspauschale“ finanziert werden.

#### **1.4.4 Personalbedarf für die Aufstellung und Abarbeitung des Erneuerungsprogrammes beim Baureferat G2 und G3, Anlagenunterhalt**

Um die oben beschriebenen möglichen zusätzlichen Maßnahmen in Parkanlagen und Grünzügen (Bestandsverbesserung, Erneuerung, Ausbau) zur Verbesserung der Nahmobilität zeitnah realisieren zu können, ist im Bereich der Hauptabteilung Gartenbau des Baureferates eine zusätzliche Stelle erforderlich, da für das beschriebene Aufgabenpaket bei den Abteilungen G2 - Unterhalt Nord-Ost und G3 - Unterhalt Süd-West keine Kapazitäten vorhanden sind.

Folgende Leistungen sind für die Abwicklung der konkret anfallenden Aufgaben zu erbringen:

- Erarbeiten eines stadtweiten Sanierungsprogramms des Radwegenetzes in Parkanlagen und Grünzügen mit alternativen Lösungsmöglichkeiten und Entwickeln eines im Hinblick auf Zielvorgaben, Kosten, Termine und Umweltverträglichkeit optimalen Lösungsansatzes
- Konkretisierung des Sanierungsprogramms bis zur Ausführungsreife in Abstimmung mit allen Beteiligten
- Abstimmung und Abwicklung der daraus resultierenden Baumaßnahmen.

Für die Abwicklung der dargestellten Aufgaben ist die befristete Einrichtung einer Stelle für eine Landschaftsbauingenieurin / einen Landschaftsbauingenieur in E 11 erforderlich (JMB 80.360 €). Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“.

### **1.5 Sachkosten**

#### **Hauptabteilung Tiefbau**

Die investiven Kosten für die Ersteinrichtung von 5 neuen Arbeitsplätzen belaufen sich einmalig auf 11.850 €. Weiterhin fallen für die Arbeitsplätze ab 2015 jährlich Kosten in Höhe von bis zu 4.000 € an.

#### **Hauptabteilung Gartenbau**

Die investiven Kosten für die Ersteinrichtung eines neuen Arbeitsplatzes belaufen sich einmalig auf 2.370 €. Weiterhin fallen für den Arbeitsplatz ab 2015 jährlich Kosten in Höhe von 800 € an.

Die Finanzierung der Sachkosten erfolgt aus zentralen Mitteln.



## 1.6 Transparenz über Kostenauswirkungen von Beschlüssen

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten *</b>	87.700,-- €		438.750,-- € ab 2015 (anteilig) bzw. ab 2016 jährlich
davon:			
Personalauszahlungen insgesamt, (Umschichtung aus der „Nahmobilitätspauschale“)	87.700,-- €		433.950,-- € ab 2015 (anteilig) bzw. ab 2016 jährlich
Sachauszahlungen** zentrale Finanzierung			4.800,-- €
Transferauszahlungen	0		
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	1		5,4
Nachrichtlich Investition (6 neue Arbeitsplätze)		14.220,-- €	

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten und Rückstellungen u. a. für Pensionen) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten / einer Beamtin entstehen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 50 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\* ohne IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt.

Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

Beim Baureferat, Hauptabteilung Tiefbau, ist das Produkt "Bereitstellen von öffentlichen Verkehrsflächen" (Produktordnungsziffer 52-02-01) betroffen. Die zusätzlichen Kosten erhöhen das Produktkostenbudget ab 2015 um jährlich bis zu 357.590 €.

Beim Baureferat, Hauptabteilung Gartenbau, ist das Produkt "Bereitstellen von öffentlichen Grün- und Spielflächen" (Produktordnungsziffer 52-04-01) betroffen. Die zusätzlichen Kosten erhöhen das Produktkostenbudget ab 2015 um jährlich bis zu 81.160 €.

**2. Antrag Nr. 14-20 / A 00873 der Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN/RL vom 08.04.2015, Verwendung der Nahmobilitätspauschale**

Mit dem Antrag soll bis zur Sommerpause die Verwendung der Finanzmittel aus der Nahmobilitätspauschale für den Fuß- und Radverkehr dargestellt werden. Zu den einzelnen Fragen nimmt das Baureferat wie folgt Stellung:

**1.) Welche Projekte in welcher Höhe wurden 2014 realisiert und in welcher Höhe durch die alte Mobilitätspauschale finanziert?**

Im Jahr 2014 wurden aus der „Nahmobilitätspauschale“ Infrastrukturmaßnahmen für den Fuß- und Radverkehr für rd. 3 Mio. € durchgeführt, wie z. B. der neue Fuß- und Radweg Nymphenburg Süd zwischen der Margarethe-Danzi-Straße und der Bärmannunterführung, der Radweg in der südlichen Riesstraße, der Rückbau des Radwegs in der Schleißheimer Straße zwischen Hohenzollernplatz und Herzogstraße mit Anlage eines Radfahrstreifens, der Bau eines Zweirichtungsradwegs mit Umbau der Straßenquerung der Allacher Straße im Bereich der Franz-Mader-Straße, ein Teilabschnitt des Fuß- und Radwegs im Grünzug Gotthardstraße sowie mehrere punktuelle Maßnahmen an Kreuzungen im Zuge des Lichtsignalanlagenaustausches wie an der Gotthardstraße / Willibaldstraße und der Ungererstraße / Soxhletstraße.

Dazu kamen eine große Zahl an Einzelmaßnahmen für Fahrradstellplätze und rd. 1,1 Mio. €, die für Radverkehrsprojekte an andere Referate übertragen wurden. Darunter fielen die Finanzierung der „Radlhauptstadt München“ - Initiative für das Jahr 2014, die Kampagne „Stadtradeln“, das künftige Orientierungssystem für München (Fußgänger-Leitsystem), Radlbroschüren, Messe-Infostände, Zählungen und Befragungen und die Analyse von Fahrradabstellanlagen.

**2.) Welche Projekte in welcher Höhe wurden 2015 bereits realisiert und welche Projekte sind bis zum Jahresende geplant?**

Darstellung bitte getrennt nach kleineren (z. B. Querungshilfen) und größeren Maßnahmen (Straßenumbauten wie z. B. Schleißheimer Straße).

Es wird auf die Ausführungen unter Abschnitt 1.3 des Vortrags verwiesen.

**3.) Können die bereitgestellten Finanzmittel 2014 und 2015 sinnvoll ausgegeben werden, welche Restmittel müssen voraussichtlich ins Jahr 2016 übertragen werden?**

Die Mittel werden nur zweckgebunden, also für Maßnahmen zum Bau, zur Verbesserung und zur Sanierung von Rad- und Fußverkehrsanlagen sowie zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs eingesetzt. Somit ist eine sinnvolle Verwendung der zur Verfügung gestellten Finanzmittel selbstverständlich sichergestellt.

Das Baureferat geht davon aus, dass alle für 2015 geplanten Maßnahmen entsprechend den Ausführungen unter Abschnitt 1.3 des Vortrags umgesetzt werden können. Ob dabei auch eine vollständige Abrechnung und damit Kassenwirksamkeit in 2015 erreicht wird, kann allerdings nicht garantiert werden.

- 4.) Welche größeren Maßnahmen hat das Baureferat in seiner mittelfristigen Planung in welcher finanziellen Höhe für 2016 eingeplant, z. B. verkehrssichere Radwegführung in der Straße „Am Mitterfeld“ über die Autobahn?

Unter der Voraussetzung, dass dem Baureferat auch für 2016 10 Mio. € aus der „Nahmobilitätspauschale“ zur Verfügung stehen, ist vorgesehen, nochmals ca. 3 Mio. € für die Sanierung und Verbesserung von Radverkehrsverbindungen im Straßenraum und ca. 2 Mio. € für die Sanierung und Verbesserung von Radverkehrsverbindungen in Grünzügen und Grünanlagen einzusetzen.

An größeren Einzelmaßnahmen wären, unter Voraussetzung der entsprechenden Genehmigungsverfahren, u. a. ein Geh- und Radwegausbau in der Knorrstraße nördlich der Sudetendeutsche Straße, ein Fuß- und Radweg an der Eschenrieder Straße zwischen Scharinenbachstraße und nördlich am Lochhauser Hügel, die Anlage von Radfahrstreifen in der Karl-Theodor-Straße zwischen Schleißheimer Straße und Belgradstraße, Radfahrstreifen in der Marsstraße zwischen Pappenheimstraße und Seidlstraße, ein Radweg südlich der A 94 zwischen Am Hüllgraben und der Brukenthalstraße, ein Fuß- und Radweg im Gleisdreieck Paosostraße, ein Radverkehrslückenschluss an der Trappentreustraße im Zuge der Westendstraße und eine vorläufige Verbesserung der Radverkehrsverbindung Am Mitterfeld zwischen Stockerweg und Joseph-Wild-Straße geplant.

Ferner könnten mehrere punktuelle Maßnahmen, u. a. an Kreuzungen im Zuge des Lichtsignalanlagenaustausches realisiert werden, darunter an den Kreuzungen Clemensstraße / Hiltenspergerstraße, Clemensstraße / Mittermayrstraße, Dachauer Straße / Maßmannstraße, Drygalski-Allee / Stäblistraße, Kreillerstraße / Schatzbogen. Vorgesehen ist zudem die Umsetzung des 3. Realisierungsabschnittes des Fahrradstellplatzkonzeptes und weitere sonstige Fahrradstellplätze.

- 5.) Welche größeren Maßnahmen hat das Baureferat in seiner langfristigen Planung in welcher finanziellen Höhe für 2017 eingeplant?

Die durch den Stadtrat für 2015 zur Verfügung gestellten 10 Mio. € wurden als einmalige Erhöhung der „Nahmobilitätspauschale“ beschlossen.

Mit dieser Beschlussvorlage würde eine dauerhafte Dotierung der Pauschale gesichert. Erst auf dieser Basis kann auch eine längerfristige Planung erfolgen.

- 6.) Ist der derzeitige Personalbestand ausreichend, um die „Nahmobilitätspauschale“ in Höhe von 10 Mio. €/Jahr jeweils fristgerecht in Projekte umzusetzen oder müsste der Personalbestand in ähnlicher Weise ausgeweitet werden wie bei der Erhöhung der „Nahmobilitätspauschale“ von 1,5 auf 4,5 Mio. EUR, weil es sich bei den Projekten für den Fuß- und Radverkehr eher um kleinteilige personalintensive Projekte handelt?

Es wird auf die Ausführungen unter Abschnitt 1.4 des Vortrags verwiesen.

- 7.) Warum wurden die Bezirksausschüsse bisher nicht darüber informiert, dass nun für viele der von Ihnen gewünschten Kleinprojekte zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen? Ist dies noch geplant, wenn die Personalausstattung sich ggf. verbessert?

Aufgrund des erforderlichen Zeitvorlaufes von Straßenbauprojekten wurde mit den Planungen der für 2015/2016 vorgesehenen Maßnahmen größtenteils bereits begonnen. Zusätzliche, von den Bezirksausschüssen gewünschte Projekte könnten somit erst für die Bausaison 2017 vorgesehen werden.

Voraussetzung hierfür wäre allerdings, dass auch in 2017 die zusätzlichen Finanzmittel aus der „Nahmobilitätspauschale“ durch den Stadtrat zur Verfügung gestellt werden. Da dies nach aktueller Beschlusslage nicht der Fall ist, hat das Baureferat bisher keine diesbezügliche Information der Bezirksausschüsse veranlasst.

- 8.) Welche Beschlüsse durch den Stadtrat sind 2015 und 2016 erforderlich, damit die bereitgestellten Finanzmittel aus der Nahmobilitätspauschale tatsächlich in Projekte umgesetzt werden können?

Unterhaltsmaßnahmen sind nicht stadtratspflichtig. Investive Maßnahmen erfordern ab Projektkosten von 500.000 € die Genehmigung durch den Stadtrat.

Das Personal- und Organisationsreferat hat der Sitzungsvorlage zugestimmt (siehe Anlage 2); die Änderungswünsche wurden in die Sitzungsvorlage aufgenommen bzw. sind der Anlage zu entnehmen.

Die Stadtkämmerei hat die Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen (siehe Anlage 3).

Beteiligungsrechte der Bezirksausschüsse bestehen in dieser Angelegenheit nicht. Die Bezirksausschüsse der Stadtbezirke 1 bis 25 haben jedoch Abdrucke der Vorlage zur Information erhalten.

Dem Korreferenten des Baureferates, Herrn Stadtrat Danner, der Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung Tiefbau, Frau Stadträtin Dr. Menges, und der Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung Gartenbau, Frau Stadträtin Krieger, ist je ein Abdruck dieser Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## II. Antrag der Referentin

1. Von der Verwendung der Mittel der „Nahmobilitätspauschale“ wird Kenntnis genommen.
2. Das Baureferat wird beauftragt, die Erhöhung der Ansätze im Mehrjahresinvestitionsprogramm ab 2016 ff. auf 10,0 Mio. €/Jahr zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2016 – 2020 bzw. bei Bedarf in 2016 benötigte Mittel zum Nachtragshaushalt 2016 anzumelden.
3. Das Baureferat wird beauftragt, die Einrichtung der befristeten Stellen gemäß Ziffer 1.4 des Vortrages sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Baureferat wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat eine Stellenbemessung gemäß dem Leitfaden zur Stellenbemessung durchzuführen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang über die vorläufige Befristung hinaus ein Stellenbedarf besteht. Nach Feststellung des Personalbedarfs ist eine erneute Stadtratsentscheidung herbeizuführen.

Das Baureferat wird beauftragt, die befristet erforderlichen Haushaltsmittel

- in Höhe von bis zu 120.540 € beim Kostenstellenbereich „Straßenplanung und -bau“, Unterabschnitt 6300,
- in Höhe von bis zu 128.580 € beim Kostenstellenbereich „Straßenunterhalt und -betrieb“, Unterabschnitt 6300,
- in Höhe von bis zu 80.360 € beim Kostenstellenbereich „Gartenbau“, Unterabschnitt 5800, sowie
- in Höhe von bis zu 104.470 € beim Kostenstellenbereich „Straßenbeleuchtung, Verkehrsleittechnik“, Unterabschnitt 6700

entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen anzumelden. Im Ergebnishaushalt ist ggf. durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von 50 % des Jahresmittelbetrages zu berücksichtigen.  
Die Finanzierung der Personalkosten erfolgt aus der Nahmobilitätspauschale.

4. Das Baureferat wird beauftragt, die investiven Mittel in Höhe von 14.220 € für die Ersteinrichtung der 6 Arbeitsplätze sowie die konsumtiven Haushaltsmittel in Höhe von 4.800 € für die laufenden Arbeitsplatzkosten zum Nachtragshaushalt 2015 bzw. zu den Planungsphasen der Haushaltsaufstellung anzumelden.
5. Das Baureferat wird beauftragt, die Entfristung der Stelle für die Beauftragte / den Beauftragten für Winterdienst und betriebliche Organisation gemäß Ziffer 1.4.3 des Vortrages beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Baureferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 87.700 € beim Ansatz der Personalauszahlungen bei der Kostenstelle „Straßenunterhalt und -betrieb“, Unterabschnitt 6300 anzumelden.  
Im Ergebnishaushalt ist ggf. durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von 50 % des Jahresmittelbetrages zu berücksichtigen.  
Die Finanzierung der Personalkosten erfolgt aus der Nahmobilitätspauschale.

6. Das Produktkostenbudget für das Produkt „Bereitstellen von öffentlichen Verkehrsflächen“ (Produktnummer 52 02 01) erhöht sich zahlungswirksam ab 2015 um bis zu 357.590 €.  
Das Produktkostenbudget für das Produkt „Bereitstellen von öffentlichen Grün- und Spielflächen“ (Produktnummer 52 04 01) erhöht sich ab 2015 zahlungswirksam um bis zu 81.160 €.  
Die Bereitstellung der Mittel erfolgt wie im Vortrag der Referentin unter den Ziffern 1.4 und 1.5 dargestellt.
7. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00873 der Stadtratsfraktion Bündnis90 / Die Grünen / RL vom 08.04.2015 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**  
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober- / Bürgermeister / -in

Rosemarie Hingerl  
Berufsm. Stadträtin

**IV. Abdruck von I. - III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
an das Direktorium - Dokumentationsstelle  
an das Revisionsamt  
an die Stadtkämmerei  
an die Stadtkämmerei - II/21, II/12  
zur Kenntnis.

**V. Wv. Baureferat - RG 4 zur weiteren Veranlassung.**

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

An die Bezirksausschüsse 1 – 25  
An das Direktorium - HA II/V  
An das Kommunalreferat  
An das Kreisverwaltungsreferat  
An das Personal- und Organisationsreferat  
An das Referat für Gesundheit und Umwelt  
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung  
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft  
An die Stadtwerke München GmbH  
An das Baureferat - G, H, J, T, V, MSE  
An das Baureferat - RZ, RG 2, RG 4  
An das Baureferat - T 0, T 1, T2, T3, TZ, TZ/K, T1/S  
zur Kenntnis.

Mit Vorgang zurück zum Baureferat - Tiefbau  
zum Vollzug des Beschlusses.

Am .....  
Baureferat - RG 4  
I.A.